



Ein Forschungsbericht der Maasai International
Solidarity Alliance (MISA)

MISA fordert ein 5-jähriges Moratorium für alle Bodenkohlenstoff-projekte auf Weideland von Hirtenvölkern im Norden Tansanias



Die Maasai International Solidarity Alliance (MISA) führte im Januar 2025 eine umfassende Untersuchung der Programme für Emissionszertifikate im Norden Tansanias durch. Die Studie dokumentiert die Risiken des Landverlustes und weitere negativen Auswirkungen auf die Hirtengemeinschaften der Maasai. Der Bericht betrachtet zwei große Bodenkohlenstoff-Projekte, die durch Änderungen der Weideflächennutzung zusätzlichen Kohlenstoff im Boden speichern sollen und dadurch Kohlenstoff-Emissionen kompensieren sollen - das **Longido and Monduli Rangelands Carbon Project (LMRCP)** welches von **Soils for the Future Tanzania Ltd (SftFTZ)** durchgeführt und von Volkswagen ClimatePartners finanziert wird, sowie das **Resilient Tarangire Ecosystem Project (RTEP)** von **The Nature Conservancy (TNC)**. Beide Projekte betreffen die Distrikte Longido, Monduli und Simanjiro im Norden Tansanias.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

- **Keine freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC):** Das in den beiden Projekten angewandte FPIC-Verfahren ist äußerst mangelhaft aufgrund begrenzter Beteiligung der lokalen Gemeinschaften, dem überwiegenden Ausschluss von Frauen und Jugendlichen, sowie undurchsichtigen Vereinbarungen. Den Gemeindemitgliedern fehlt es oft an grundlegendem Wissen über Kohlenstoffmärkte, Vertragsbedingungen und deren Auswirkungen.
- **Beeinträchtigung von Weidewirtschaft und Mobilität:** Die untersuchten Bodenkohlenstoff-Projekte führen eine spezielle, rotierende Weidehaltung ein, die die traditionellen Weidemuster der Maasai einschränkt und die Mobilität der Hirtengemeinschaften untergräbt – eine zentrale Säule der Maasai-Kultur und der Nachhaltigkeit der Weidegebiete. Diese Veränderungen können die Ernährungssicherheit und die Anpassungsstrategien der Maasai an die Klimakrise gefährden.
- **Regulatorische Lücken und Korruption:** Die tansanischen Vorschriften für den Emissionshandel enthalten keine Bestimmungen, die die Menschenrechte der Maasai als indigenes Volk bei Bodenkohlenstoff-Projekten angemessen schützen. Das Fehlen eines verbindlichen und klaren rechtlichen Rahmens führt zu Fehlinformationen der lokalen Gemeinschaften, Korruption (z.B. Vorauszahlungen oder “Einmalzahlung für Vertragsunterzeichnung”) und rechtlichen Unklarheiten. Insbesondere Unklarheiten in Bezug auf wesentliche Vertragsbestandteile zur Beendigung von Verträgen und Mechanismen der Gewinnbeteiligung verunsichern die Bevölkerung.
- **Bedenken der lokalen Gemeinschaften:** Die Maasai-Gemeinschaften stehen unter starkem Druck, Verträge abzuschließen, da die beiden konkurrierenden Befürworter von Bodenkohlenstoff-Projekten sich darum bemühen, ihre jeweiligen Projekte nach internationalen Standards validieren zu lassen. Dazu müssen sie mit einer Mindestzahl von Dörfern Verträge abschließen und deren Zustimmung nachweisen. Die Gemeinden befürchten langfristige Landnutzungsbeschränkungen, den Verlust von gemeinschaftlichen Weideflächen, Konflikte innerhalb und zwischen den Gemeinden und eine Erosion kultureller Praktiken. Die Aussicht auf Kohlenstoffverträge mit einer Laufzeit von bis zu 40 Jahren alarmieren Mitglieder der Gemeinden, weil hierdurch künftige Generationen an potenziell nachteilhafte Vereinbarungen gebunden werden.
- **Bedrohung durch Landgrabbing:** Bei Bodenkohlenstoff-Projekten besteht die Gefahr, dass sich historische Muster des Landraubs bei den Maasai wiederholen, indem Gemeindeland von ausländischen Investoren kontrolliert wird und Weideflächen für vermeintliche Klimalösungen deren privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.



„Wir sind besorgt über künftige Landkonflikte, die durch das Kohlenstoffprojekt entstehen könnten. Es ist schon so oft bei anderen Projekten passiert, dass wir am Ende unser Land an den Naturschutz, die Großwildjagd oder Investoren verloren haben“

EMPFEHLUNGEN



1. Sofortiges 5-Jahres-Moratorium

MISA fordert einen vollständigen Stopp aller Bodenkohlenstoff-Projekte in den Weidegebieten der Maasai bis 2030, um eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung und angemessene rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene zu ermöglichen. Ein 5-Jahres-Moratorium ist notwendig, um die Rechte der Maasai und die Landnutzungspraktiken der Hirten zu schützen.



2. Stärkung des rechtlichen und politischen Rahmens

- Entwicklung eines tansanischen Rechtsrahmens speziell für sogenannte Bodenkohlenstoff-Projekte, der den Schutz der Landrechte indigener Völker und der Menschenrechte sicherstellt. Auf internationaler Ebene bedarf es globaler menschenrechtlicher Schutzstandards für freiwillige Emissionsmärkte.



3. Sicherstellung eines soliden FPIC

- Umfassende Beteiligung der lokalen Gemeinschaften an allen Entscheidungsprozessen, mit gezielten Bemühungen, Frauen, Jugendliche und benachteiligte Gruppen einzubeziehen und alle Dorfbewohner*innen zu beteiligen.
- Es bedarf des Zugangs zu unabhängigem Rechtsbeistand und unparteiischen Informationen über Emissionsgutschriften und deren Auswirkungen.



4. Schutz von Weidewirtschaft und Mobilität

- Bodenkohlenstoff-Projekte müssen die traditionellen Weidepraktiken der Maasai respektieren und die Kontrolle der Gemeinschaft über die Landnutzung gewährleisten.
- Die Projekte sollten die Mobilität der Hirten nicht einschränken oder restriktive Weidepraktiken erzwingen, da dies die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaschwankungen schwächt.
- Die gemeinsame Nutzung kommunaler Weideflächen sollte als Strategie für den Fall einer Dürre gefördert und nicht wie von den untersuchten Projekten unterbunden werden.



5. Transparente und faire Vereinbarungen

Die Verträge müssen fair, öffentlich zugänglich und in der Landessprache bzw. in lokalen Sprachen verfasst sein. Sie dürfen grundsätzlich nicht im Interesse der Initiatoren der Emissions-Ausgleichsprogramme oder des Staates verzerrt sein.



FAZIT

Das Geschäft mit den Bodenkohlenstoff-Projekten im Norden Tansanias droht zu einem weiteren Mechanismus von Landgrabbing zu werden, der das kulturelle Erbe, die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit der Maasai-Hirten bedroht.

Ohne strenge rechtliche Garantien, transparente Prozesse und eine echte Zustimmung der Gemeinschaften könnten diese Projekte bestehende Landkonflikte verschärfen, zu Spannungen in den Dörfern führen und Klimagerechtigkeit untergraben. Darüber hinaus gibt es erhebliche wissenschaftlichen Bedenken darüber, ob die auferlegten Änderungen der Weidepraktiken zu einer zusätzlichen Kohlenstoffspeicherung führen werden, wodurch die Bodenkohlenstoffprojekte für die Käufer wertlos würden. MISA drängt auf sofortiges Handeln, um die Rechte der Maasai zu schützen und die Grundsätze ökologischer und sozialer Gerechtigkeit zu wahren.



Maasai International Solidarity Alliance (MISA)

Für weitere Informationen: maasaiinternationalsolidarity@gmail.com